Die Vorrangigkeit des Welterbes vor dem Weltklima

Von Christoph Zöpel

Im Welterbe Oberes Mittelrheintal: die Schönburg in Oberwesel
Foto: Markus Monreal/klaes-images

Mitte April schreckte ein Presseartikel Mitglieder des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz auf. Fünf Gemeinden wollen auf den Höhen im Welterbe Oberes Mittelrheintal Windräder aufstellen lassen. Ein Satz war es besonders, der erschreckte: Irgendwann würden Sichtsachsenprobleme und Welterbestatus keine große Rolle mehr spielen, wird ein kommunaler Beigeordneter zitiert. Wegen des Ausstiegs aus der Kernkraft seien mehr Windräder unverzichtbar, um Energiesicherheit zu garantieren.

Dieses Erschrecken im Rheinischen Verein ist zunächst einzuordnen in die Denkmallandschaft und in die Kulturlandschaft, in der er sich engagiert. Es ist territorial die ehemalige Preußische Rheinprovinz, seit 1945 geteilt auf den Westen Nordrhein-Westfalens, große Teile von Rheinland-Pfalz, Teile des Saarlandes, Ecken auch Hessens. Diese Denkmallandschaft ist geprägt von Welterbestätten. In Nordrhein-Westfalen sind es der Aachener Dom, der Kölner Dom, die Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl, die Zeche Zollverein in Essen. In Rheinland-Pfalz sind es die römischen Baudenkmäler, der Dom und die Liebfrauenkirche in Trier, der Dom in Speyer, das Obere Mittelrheintal und der Obergermanisch-Raetische Limes mit seinem Verlauf in Rheinland-Pfalz. Im Saarland ist es die Völklinger Hütte.

Und diese Kulturlandschaft ist geprägt von drei, zumindest europaweit einzigartigen Zerstörungen von Landschaft: dem Rohstoffabbau in der Vulkaneifel, dem Rheinischen Braunkohlengebiet und dem Ruhrgebiet. Die quartären Vulkangebiete der Vulkaneifel sind geologisch eine weltweite Seltenheit. Der Einsatz dieses Gesteins beim Straßenbau ist gemessen an dieser geologischen Bedeutung als absurd zu bezeichnen. Der Rheinische Verein hat Gutachten erstellen lassen, die zeigen, dass auch geologisch weniger bedeutende Steine verwendet werden können. Und nota bene: Wieviel Straßenbau ist noch erforderlich, wenn Mobilität CO_2-verträglicher werden soll? Das Rheinische Braunkohlengebiet ist eines der größten Kultur- und Denkmallandschaftszerstörungsgebiete der Welt. Hoffentlich geht die Braunkohlenförderung nun – Jahrzehnte zu spät – auf ihr Ende zu. Die Mehrheit der dortigen Bevölkerung hat sich dauerhaft gegen die Zerstörungen gewehrt. Jetzt hat überörtliches bürgergesellschaftliches Engagement dazu beigetragen – auch mit der Besetzung des Hambacher Forsts. Als Sprecher bürgergesellschaftlichen Engagements für die Erhaltung von Denkmälern muss ich allerdings etwas traurig feststellen, dass es keine entsprechenden Proteste gegen den Abriss von Denkmälern gab – so der zweitürmigen neoromanischen Kirche St. Lambertus in Erkelenz-Immerath. Ihre Doppelturmfassade war einzigartig in diesem Gebiet, dessen zahlreiche Kirchenbauten überwiegend aus der Zeit des Kulturkampfes zwischen der katholischen Kirche und Reichskanzler Bismarck in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammen. Schon hier erlaube ich mir eine prinzipielle Bemerkung: Bäume können wieder wachsen, Denkmäler sind für die Ewigkeit verloren. Selbst wer Rekonstruktionen nicht ablehnt, wird zugeben, dass sie nur in Einzelfällen möglich sind.

Abriss des Immerather Doms
Foto: Superbass / CC-BY-SA-4.0 (Wikimedia Commons)

Das sogenannte Ruhrgebiet ist das Ergebnis zweihundertjähriger Devastierung durch die Montanindustrie – Stadtentwicklungsplanung und Landschaftsschutz gab es nicht. Der Rhein-Nebenfluss Emscher und seine Zuläufe wurden zur wahrscheinlich größten Kloake der Welt. Seit zwei Jahrzehnten gibt es Bestrebungen, diese Industrielandschaft zum UNESCO-Welterbe zu erklären. Das stößt immer noch auf Missverständnisse. Für die Welt bewahrt werden sollen nicht die Devastierungen. Bewahrt werden soll die erwiesene Fähigkeit, sie zu beseitigen und so eine einmalige urbane Kulturlandschaft zu schaffen, in der aufgelassene Zechentürme und Hochöfen wie auch Arbeitersiedlungen als kulturell bedeutsame Objekte der Erinnerung stehen. Dazu gehört, dass aus der Kloake Emscher wieder ein Fluss geworden ist, mit reicher Flora und Fauna. Um ganz demonstrativ zu vergleichen: Industriedenkmäler sollen zum Welterbe gehören, nicht um Devastierungen zu rechtfertigen – wie das Kolosseum in Rom nicht Christenverfolgung und Gladiatorenkämpfe rechtfertigt.

Denkmalpflege und Landschaftsschutz gehören zum Engagement für die Heimat, denn Denkmäler und Kulturlandschaft lassen sie mit entstehen. Heimat ist politisch aufgewertet, seitdem das Wort in die Namen von Ministerien aufgenommen wurde: zuerst in Bayern, dann in NRW, schließlich im Bund. Dabei können bei allfällig kritischer Kommunikation

Arbeitersiedlung Stemmersberg in Oberhausen
Foto: Hans Blossey/klaes-images

Missverständnisse entstehen. Dazu gehören Heimatlieder, problematisiert, wenn auch nationalsozialistische Organisationen sie gesungen haben. Heimatgeschichtliche Aufklärung ist deshalb geboten. Zum Gebiet, in dem sich der Rheinische Verein engagiert, gehört die Kulturlandschaft des Westerwaldes. Er wird seit den 1930er Jahren besungen – auch die Nationalsozialisten taten dies, aber sie haben das Lied nicht „gemacht". Der Text ist eher zufällig entstanden in einem Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Westerwalddorf Emmerzhausen. Der Freiwillige Arbeitsdienst wurde von der Regierung des Reichskanzlers Heinrich Brüning, Repräsentant der katholischen Zentrumspartei, durch eine Notverordnung vom 5. Juni 1931 eingeführt. Träger entsprechender Maßnahmen konnten nur Körperschaften des öffentlichen Rechts und Vereinigungen sein, die gemeinnützige Ziele verfolgten. Dazu zählten Jugendbünde, Verbände, politische Parteien, konfessionelle Vereinigungen, Jugendgruppen, Bewegungen aller Art, Gewerkschaften. Aber auch Militärfreunde und -gegner, wie SPD und Zentrum, unterhielten Arbeitsdienstvereine.

Kulturerbe der Welt und regionale Identität – am Obergermanisch-Raetischen Limes im Westerwald
Foto: Markus Monreal/klaes-images

Damit ein wenig heimatliedgeschichtlich sensibilisiert, habe ich nach einem Beispiel gesucht, auf das ich mich hier beziehen kann. Dabei stieß ich auf Freddy Quinns Lied „Meine Heimat ist das Meer, meine Freunde sind die Sterne". Dieser Liedtext gibt Heimat eine universale Dimension. Nicht nur exemplarisch das Dorf Brakelsiek in Lippe, 11 km² groß, wo der derzeitige Bundespräsident aufgewachsen ist, kann Heimat sein, sondern auch das Meer, das 70% der 510 Mio. km² Erdoberfläche bedeckt. Und die universale Dimension geht weiter: Evolutionstheorien erklären, dass die Sterne wie das Leben auf der Erde durch einen Milliarden Jahre währenden Prozess entstanden sind, nach dem Urknall zunächst astrophysikalisch, dann allgemein physikalisch, chemisch, biologisch. Zu Primaten entwickeltes Leben auf der Erde hat zur sozialen Evolution geführt, und schließlich das Zusammenleben der Menschen zu kultureller Evolution. Damit lässt sich festhalten, was Menschen einzig macht: Kultur und Wissen.

Diese Kultur ist vielfältig, und Heimatwissen kann an vielfältigen Ausprägungen von Kultur festmachen. Lieder habe ich erwähnt,

Hochwasserrückhalt und neue Naturräume in den „Emscher-Auen"
Foto: Jörg Saborowski/EGLV

Literatur gehört dazu. Fundamente aber sind Kulturlandschaft und Kulturdenkmäler. Durch Jahrtausende ist nun die Menschheit mit der von ihr geschaffenen Kultur überwiegend nicht schonend umgegangen – Vulkaneifel, Rheinisches Braunkohlegebiet und Ruhrgebiet sind bereits genannte Beispiele. Was an Stadtzerstörungen im Dreißigjährigen Krieg angerichtet wurde, ist gewusste Geschichte. Aber nicht nur Geschichte, sondern noch Gegenwart sind die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs durch die Bombardements zuerst des nationalsozialischen Deutschlands auf Coventry und Rotterdam, dann die der USA und Großbritanniens auf deutsche Städte.

Dresden, Hamburg und Köln werden oft genannt; die meisten Wohnungen wurden in Dortmund, im Ruhrgebiet also, zerstört. Diese Zerstörungen haben eine völkerrechtliche Konsequenz: die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. In dieser Konvention wurde das kulturelle Erbe der Menschheit als völkerrechtlicher Begriff normiert, die Welterbekonvention der UNESCO bezieht sich darauf. Ich sehe eine historisch-moralische Verpflichtung Deutschlands, sich besonders für die Bewahrung des kulturellen Erbes der Menschheit einzusetzen – in Deutschland selbst, aber auch weltweit. Das Engagement gegen die Zerstörungen von Welterbe wie Palmyra in Syrien

oder von riesigen Buddha-Statuen in Afghanistan wird wohlfeil, wenn nicht Deutschland in seinen Ländern und auf Bundesebene Vorbild ist.

Das führt in die Debatten um Denkmalpolitik in Deutschland. Ihr geschichtlicher Bezug müssen die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs sein. Was nicht den Bomben zum Opfer gefallen ist, ist im Prinzip denkmalwert. In Zweifelsfällen kann der banale Grundsatz gelten: Was heute erhalten wird, kann gegebenenfalls später abgerissen werden, umgekehrt geht es nicht. Die gigantischen Bauleistungen der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg haben dazu geführt, dass nur etwa 3% der Baulichkeiten Denkmäler sind. Ob auch einige dieser Nachkriegsbauten als Denkmäler geschützt werden sollen, ist Thema intensiver Diskussionen, so das Engagement für den Schutz denkmalwerter Bauten der 1950er bis 1970er Jahre. In Mainz hat sich dazu eine Gruppe gebildet, die sich „Die Betonisten" nennt und mit dem Rheinischen Verein kooperiert. Deren Argumente für den Erhalt haben nun eine bemerkenswerte ökologische Unterstützung gefunden: Der Abriss von Beton führt zu erheblichem Ausstoß von CO_2, erhaltene Bauten sind nachhaltiger als neue. Diese Erkenntnisse geben dem auch bürgergesellschaftlich getragenen Konflikt zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz eine neue Richtung. Es ist mehr als verständlich, dass eine junge Generation für zukünftige Lebensverhältnisse kämpft, in denen auch ihre Heimat nicht durch Erderwärmung gefährdet ist. Für die Menschen im globalen Süden ist das bereits unwiderruflich der Fall. Für den Klima-Denkmal-Konflikt aber ist zu sehen, dass Umweltauflagen für Denkmäler aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg wenig zum Klimaschutz beitragen – solange nicht Automobilität, digitale Kommunikation und Kryptowährungen deutlich CO_2-reduziert sind –, aber Verlust an Kultur bedeuten. Erhaltene Betonbauten können damit kompensierend wirken.

Denkmalpolitisch umstritten, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, ist auch die Beteiligung unabhängigen kunstgeschichtlichen Wissens. Die herausragende evolutorische Entwicklung der Menschheit in den Jahrzehnten seit Ende des 19. Jahrhunderts ist die großartige Vermehrung von Wissen, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Denkmalpolitik sollte dieses, hier kunstgeschichtliche Wissen nutzen, zunächst unabhängig von den letztlich immer demokratisch zu legitimierenden Entscheidungen. Mit der Institution von Landeskonservatoren war die Kultur- und Denkmalpolitik Preußens diesbezüglich heutigem Verwaltungshandeln voraus. Deshalb sollte die Institution bewahrt werden. Dabei darf institutionalisiertes Fachwissen nicht zu zeitlich unakzeptablen Vorgängen führen. Institutionelle Wissenschaft kann in kurzen Fristen entscheiden, nicht durch Austausch von Gutachten und Gegengutachten. In der Coronapandemie tut Wissenschaft dies – das Robert Koch-Institut zeigt es fast täglich. Und noch einmal nota bene: Kulturelles Wissen um die evolutorische Bedeutung von Wissen sollte das öffentlichkeitswirksam dokumentieren. Die Medizin bewahrt die Leistungen ihrer großen Nobelpreisträger im Namen von Institutionen, so nicht nur Robert Koch-Institut, auch Paul-Ehrlich-Institut. Die Naturwissenschaften haben die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Ein Denkmal für den berühmtesten Denkmalpfleger: Schinkel-Statue von Christian Friedrich Tieck
Foto: Till Niermann (Wikimedia Commons)

in Max-Planck-Gesellschaft umbenannt. Warum wird nicht der Name des bedeutendsten Denkmalschützers im Namen einer Institution bewahrt? Wie wäre es mit einem neuen Namen für die Landeskonservatoren: Karl-Friedrich-Schinkel-Konservatoren.

Dieser Vorschlag hat zumindest aktuell nur symbolische Bedeutung. Er führt aber zu der Beziehung bürgerschaftlichen Engagements zu Wissenschaftlern. Bürgergesellschaftliches Engagement gibt es in weltweiter Dimension, begonnen hat es im Kampf gegen die Atombewaffnung: Es waren exemplarisch Bündnisse zwischen Bertrand Russel oder auch Otto Hahn mit vielfältigen Gruppen. Naturwissenschaftler haben in den USA schon vor den Atombombenabwürfen dagegen protestiert, allen voran Albert Einstein. Mir ist bisher kein Protest von kunstgeschichtlicher Seite gegen die Zerstörung deutscher Städte durch das Bombardement der USA bekannt. Es ist an der Zeit, Kunstgeschichte so zu institutionalisieren, dass sie für denkmalpolitische Entscheidungen relevant wird. Der Entwurf eines neuen Denkmalschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen sieht das Gegenteil vor.

Denkmalpflege und Landschaftsschutz sind nicht die wichtigsten Herausforderungen in der Welt, aber ohne sie verliert Klimaschutz an Wert. So verstehe ich das Mitwirken des Rheinischen Vereins an Heimatpolitik – in seiner territorialen Kulturlandschaft, in ganz Deutschland, in Europa zwischen den Mündungen von Rhein und Donau, im aktiven Interesse exemplarisch für Palmyra auch über Europa hinaus.

Diesen Beitrag hat Christoph Zöpel beim Bundeskongress Heimat 2021 „Baukultur – Gebaute Heimat“ vorgetragen. Zum dritten Bundeskongress des Bundes Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) hatten die Heimatverbände in NRW geladen: der RVDL, der Westfälische Heimatbund und der Lippische Heimatbund. Er fand am 7./8. Juni 2021 als Online-Konferenz statt.